

Westbahnausbau: Leonding bekommt eine Einhausung

Einigung von Stadt, Land und Bund soll heute verkündet werden, Kosten für das Projekt sollen bei rund 100 Millionen Euro liegen

VON JULIA POPOVSKY
UND PHILIPP HIRSCH

LEONDING. Seit mehr als einem Jahrzehnt wird beim geplanten viergleisigen Ausbau der Westbahnstrecke über die Einhausung eines Teilbereiches in Leonding diskutiert und verhandelt. Lösung gab es bisher aber keine, weder vor Gericht noch am (politischen) Verhandlungstisch – zumindest bis jetzt.

Dem Vernehmen nach haben sich Vertreter von Stadt, Land und Bund nun geeinigt. Allerdings dürfte es keine der beiden zuletzt diskutierten Varianten werden. Hier stand, wie berichtet, eine 250 Meter beziehungsweise 525 Meter lange Einhausung im Bereich der Gerstmayrstraße im Raum. Vielmehr soll es letztlich eine Art „Mittellösung“ innerhalb besagter Spannweite werden.

Rund 100 Millionen Euro soll das Einhausungsprojekt kosten, war gestern aus gut informierten Kreisen zu hören. Die Kosten sollen gemäß der schon seit langem immer wieder genannten Drittellösung zu gleichen Teilen Stadtgemeinde, Land und Bund tragen. Zustimmung zu einer sol-

chen Drittellösung haben Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) und Verkehrslandesrat Günther Steinkellner (FP) in der Vergangenheit mehrfach geäußert.

Die Stadtpolitik und die Bürgerinitiative „Impuls Schiene Leonding“ hatten indes immer davor gewarnt, dass mit einem Scheitern der Einhausungspläne die Stadt mit dem Ausbau quasi durchschnitten und die Stadtentwicklung massiv eingeschränkt worden wäre.

Einzigster Tagesordnungspunkt

Von offizieller Seite hielten sich gestern alle Beteiligten allerdings bedeckt, seitens des Klimaschutzministeriums wurde lediglich festgehalten, dass es „gute Gespräche“ gebe.

Sehr viel aussagekräftiger ist da die Tagesordnung der für heute anberaumten öffentlichen Sitzung des Leondinger Gemeinderates, die gestern online veröffentlicht wurde. Der einzige Punkt mit der Bezeichnung „Viergleisiger Ausbau der Westbahnstrecke – Abschluss eines Memorandum of Understanding zwischen dem BMK, der ÖBB-Infrastruktur AG, dem Land Oberös-

terreich und der Stadtgemeinde Leonding“ legt nahe, dass es eine Einigung gibt.

Bei der für heute anberaumten Verkündung gilt es als wahrscheinlich, dass die Leondinger Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek (SP) auch die für Verkehrsagenden zuständige Bundesministerin Leonore Gewessler (Grüne) begrüßen kann, die auf dem Rückweg von Tirol nach Wien in Oberösterreich einen Stopp einlegen wird.

Rechtliche Relevanz hat die Einigung in der Einhausungsfrage nicht. Sie ist im Gegensatz zu den fehlenden rechtskräftigen eisenbahnrechtlichen und naturschutzrechtlichen Bescheiden keine Voraussetzung für den Baubeginn des Abschnitts zwischen Linz und Marchtrenk.

Die gegen die Bescheide eingebrachten Einwände wurden kürzlich beim Bundesverwaltungsgericht in Wien verhandelt, ein Urteil steht noch aus. Die Einhausung wäre für die Richter dort nur Thema gewesen, wenn die ÖBB eine dementsprechende Projektänderung beantragt hätten. Dieser Fall ist, wie erwartet, nicht eingetreten.